Beschluss Demokratisches Potsdam

Gremium:	KMV Potsdam
Beschlussdatum:	16.02.2019

Text

Neue politische Kultur, moderne Stadtverwaltung und Bürger*innenbeteiligung

Demokratie lebt vom Mitmachen und Mitgestalten: Die Stadt gehört uns allen. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet Demokratie mehr als Parlamentarismus. Demokratie ist kein starrer Rahmen, sondern einem steten Wandel unterworfen. Diesen Wandel wollen wir aktiv im Sinne demokratischer Willensbildung voranbringen. Wir wollen direkte, dialogische und repräsentative Formen der Beteiligung miteinander verzahnen, um die Vorteile der verschiedenen Verfahren zur Geltung zu bringen. Wir stehen ein für größtmögliche Transparenz und einen fairen Umgang miteinander.
Politik und Sprache gehören eng zusammen; Sprache gestaltet unsere Wirklichkeit. Deshalb gehen wir verantwortlich mit ihr und unserer demokratischen Streitkultur um. Wir ringen im Wettstreit um die besten politischen Lösungen mit der Sprache der Demokratie: der Wahrheit und der Vielfalt der Lebenswelten und Meinungen verpflichtet, durch Argumente und Zuhören immer bereit, politische Positionen im demokratischen Prozess zu verbessern. Wir lehnen demagogische oder digital erzeugte Verzerrungen der Wirklichkeit und die damit verbundenen Mittel der Falschmeldungen, unzulässigen Verallgemeinerung von Einzelfällen, Diffamierung von Andersdenkenden etc. grundsätzlich ab.

Vertretung aller gesellschaftlichen Gruppen in der Stadtpolitik ermöglichen – Engagement wertschätzen

Wir Bündnisgrünen sehen die repräsentative Demokratie als die geeignete Form der kommunalen Vertretung an; die kommunalen Entscheidungen geben Rechts- und Planungssicherheit für die Gestaltung von Potsdams Zukunft.

Entsprechend werben wir für eine starke bündnisgrüne Fraktion im Potsdamer Rathaus und eine starke Wahlbeteiligung als Instrument der demokratischen Teilhabe für alle (wahlberechtigten) Menschen unserer Stadt.

Durch Kommunalwahlen ist die Möglichkeit eröffnet, dass die Potsdamer*innen alle Bevölkerungsgruppen hindurch angemessen repräsentiert wird. Durch das starke Wachstum von Potsdam mit den vielen anstehenden Planungsentscheidungen auf allen Gebieten werden die ehrenamtlichen Stadtverordneten mit bis zu 20 Wochenstunden für notwendige Präsenz in Ausschüssen, im Plenum und der Vorbereitung von Anträgen und Reden in Anspruch genommen - kleinere Parteien noch mehr als größere. Politikentwicklung und innerparteiliche Diskussion kommen noch hinzu.

Durch eine solche ehrenamtliche Regelung quasi für einen Halbtagsjob werden einige wichtige Bevölkerungsgruppen faktisch von der Möglichkeit ausgeschlossen, sich als Stadtverordnete zu bewerben und damit gut gesicherten Personen das

politische Feld überlassen - zu Lasten einer echten Repräsentation der Potsdamer Bevölkerung und damit zu Lasten der kommunalen Demokratie als Berücksichtigung der Interessen und auch der Lebenswelten aller Bürger*innen.

Diese sind beispielhaft: Junge Leute in Ausbildung; Rentner*innen mit knapper Rente; Familien und Alleinerziehende, die keine Kinderbetreuung finanzieren können, Niedriglohngruppen wie Altenpfleger*innen und Krankenhauspersonal; Sozialhilfeempfänger*innen einschließlich Arbeitslose, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen müssen; Student*innen und junge Wissenschaftler*innen, die wegen prekärer Einkommensverhältnisse Nebenjobs benötigen; Gründer*innen, die Aufträge annehmen müssen etc.

Dies alles sind Personengruppen, die für die Entwicklung von Potsdam zu einer lebendigen und zukunftsfähigen Stadt wesentliche Ideen, Perspektiven, Interessen und Know-How beizutragen haben. Sie sollten durch eine nennenswerte Geldpauschale die Möglichkeit erhalten, sich an der politischen Willensbildung in Potsdam zu beteiligen.

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher vorschlagen, dass die Stadt Potsdam für die Stadtverordneten eine Grundsicherungspauschale in den Haushalt aufnimmt. Alternativ könnte ein Stiftungsfonds eingerichtet werden, der Stadtverordnete nach sozialen Kriterien unterstützt.

Politische Bildung vorantreiben

Voraussetzung für eine starke kommunale Demokratie ist das Verständnis für institutionelle Abläufe, die Möglichkeiten, als Bürger*in seiner Stimme Gehör zu verschaffen und Rechenschaft der Mandatsträger*innen einzufordern. Es ist daher zur Wahrung einer repräsentativen demokratischen Kommunalvertretung unabdingbar, in die politische Bildung von allen Bevölkerungsgruppen zu investieren, auch mehrsprachig und mit einfacher Sprache. Ganz besonders bewährt haben sich Instrumente wie Planspiele, Jugend-Stadtverordnetenversammlungen und die Nachstellung von kontroversen Entscheidungsprozessen.

Um der Bürgerschaft bei der Gestaltung von Potsdam substantiell Rechenschaft abzulegen und ihr eine „außerparlamentarische“ Stimme zur Teilhabe zu geben, muss ein entsprechender Kulturwandel der Verwaltung stattfinden: der Wille, aktiv die Bürgerschaft in die Lage zu versetzen, sich aufgrund von leicht zugänglicher, gut aufbereiteter Information eine faktenbasierte Meinung zu bilden.

Beteiligung ausbauen

Beteiligungsverfahren sind eine sinnvolle und gerade in einer dynamischen und lebendigen Stadt wie Potsdam absolut notwendige Ergänzung zur repräsentativen Demokratie. Sie bedeuten Chancen für Potsdamer Bürger*innen, sich an der Gestaltung von Entscheidungen zu beteiligen. Sie bergen aber auch Risiken, insbesondere können Beteiligungsverfahren durch Gruppeninteressen einseitig gestaltet werden oder gar missbraucht werden. Essentiell sind daher niederschwellige Angebote, die alle betroffenen Gruppen einbeziehen und professionell betreut werden. Um ein Instrument der Konsensfindung zu sein muss

außerdem von Politik und Verwaltung ein klares Bekenntnis gegeben sein, dass diese Prozesse ernst genommen werden und berücksichtigt werden.

Beteiligungswerkstätten bei Planungen verbindlich einbeziehen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass besonders in den Frühphasen von Planungsverfahren das Werkstattverfahren zur Klärung von Interessen und Zielen verstärkt eingesetzt wird. Hier soll durch Verwaltungsvorschriften gesichert werden, dass Werkstattgespräche mit dem Ziel moderiert werden, alle Bevölkerungsgruppen zu Wort kommen zu lassen.

Die rechtlichen Grenzen dieses Instruments sind eng und binden die Verwaltung in ihrer Entscheidungsfindung nicht. Aufwand und Erwartungen an eine solche Beteiligungswerkstatt können nur gerechtfertigt werden, wenn eine ernsthafte Berücksichtigung der Werkstattergebnisse gesichert ist, also eine politische Verbindlichkeit durch Politik und Verwaltung hergestellt wird. Daher sollte ein Monitoringsystem für die Umsetzung der Ergebnisse einer Beteiligungswerkstatt eingerichtet werden.

Vom Bürger*innenhaushalt zur Diskussion der Haushaltspolitik

Der sogenannte "Potsdamer Bürgerhaushalt" ist bislang lediglich ein Verfahren zur Sammlung von Ideen zum Haushalt. Es handelt sich daher um eine stark beschönigende Etikettierung, von Bürger*innenhaushalt zu sprechen, da er nicht mit entsprechender Gestaltungsmacht die Haushaltspolitik als solche betrifft. Wir schlagen vor, dass der "Bürgerhaushalt" weiterentwickelt wird und in ein Haushaltsaufstellungsverfahren mündet, in dem interessierte Menschen die Haushaltspolitik mit ihrer strategischen längerfristigen Ausrichtung mitdiskutieren können und ernsthaft gehört werden.

Auch die Eingaben der Potsdamer Bürger*innen zum Potsdamer Haushalt sollte nicht ohne Begründungspflicht von der Verwaltung abgelehnt werden dürfen – Bürger*innen haben ein Recht darauf, zu verstehen, warum ihre Eingabe für die Verwaltung der Stadt nicht erfolgreich ist.

Daher plädieren wir dafür, dass die Grundzüge der Haushaltspolitik verständlich publiziert und beraten werden. Dies bedeutet vor allem eine leicht verständliche Sprache, die alle verstehen können.

Bauen transparenter machen

Wir wollen, dass auf einer zentralen Vorhabenplattform im Netz alle größeren öffentlichen Bauprojekte und Vorhaben der Stadt Potsdam veröffentlicht werden, einschließlich des Standes der Planung oder Umsetzung. Hier sollen auch direkt Beteiligungsverfahren zu jedem einzelnen Projekt gezeigt werden.

Direkte Demokratie stärken

Die direkte Demokratie ist nicht automatisch die bessere Form der Entscheidungsfindung, sie kann die Parlamente allerdings dabei ergänzen, Interessenskonflikte in einem formalisierten Rahmen zu lösen. Gerade kontroverse Debatten, die gesellschaftlich viel und emotional diskutiert werden, können so befriedet werden. Die Rahmenbedingungen für direktdemokratische Verfahren auf kommunaler Ebene sind von Landesgesetzen vorgegeben und stark eingeschränkt. Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, Bürger*innenbegehren zu stärken. Unter anderem wollen wir Quoren senken, die Unterschriftensammlung vereinfachen und auch Begehren zur Bauleitplanung oder zu Finanzthemen zulassen.

In Potsdam wollen wir die Information und Beratung zu Möglichkeiten der direkten Demokratie verbessern, damit die existierenden Instrumente möglichst sinnvoll eingesetzt werden können.

Transparenz ernstnehmen

Alle Formen der demokratischen Teilhabe beruhen auf einer gemeinsamen Grundvoraussetzung: dass mündige Bürger*innen informiert diskutieren und entscheiden können. Wir wollen eine Debattenkultur, die auf der Basis von Fakten und gegenseitigem Respekt zu einem echten Austausch von Argumenten führt. Der Eindruck von Mauschelei und zurückgehaltenen Informationen gefährdet diese Debattenkultur, vereinfacht populistische Meinungsmache und verhindert eine umfassende Willensbildung.

Die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln sind Voraussetzungen für das Vertrauen in demokratische Strukturen und die Möglichkeit, sich aktiv einzumischen. Bislang ist es für Bürger*innen zu häufig nicht möglich oder mit großem Aufwand verbunden, die für sie relevanten Informationen zu bekommen.

Die Vorstellung des "Amtsgeheimnisses" wollen wir durch eine Kultur der Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch veröffentlicht werden. Mit dem Open-Data-Portal ist Potsdam innerhalb Brandenburgs Vorreiter. Allerdings sind die Inhalte darauf bisher sehr eingeschränkt. Städte wie Hamburg und Bremen machen vor, wie viel mehr möglich ist. Im Zuge der ohnehin notwendigen Digitalisierung und der Einführung von immer mehr Elementen des E-Government, können Abläufe so angepasst werden, dass die Veröffentlichung ein selbstverständlicher Bestandteil der Bearbeitung eines Vorgangs wird.

Ziel ist, dass alle Verwaltungsdaten, Verträge oder Gutachten, die keiner Schutzbedürftigkeit unterliegen (z.B. personenbezogene Daten oder als geheim eingestuft), in offenen, maschinenlesbaren Formaten proaktiv und zeitnah verfügbar gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch die Offenlegung von Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.

Dafür machen wir uns stark:

- faire Debattenkultur und ein Diskurs auf Basis von Fakten
- mehr Bevölkerungsgruppen ein Engagement in der Stadtverordnetenversammlung ermöglichen durch eine Grundsicherungspauschale für Stadtverordnete
- Stärkung der Bildungsangebote (bspw. Planspiele), insbesondere für Kinder und Jugendliche
- Kulturwandel zu einer bürgernahen Verwaltung - Informationen besser aufarbeiten und Kontakt erleichtern
- Stärkung des Werkstattverfahrens - häufigerer Einsatz, proaktive Einbindung betroffener Bevölkerungsgruppen und Überprüfung der Ergebnisse
- Stärkung des "Potsdamer Bürgerhaushalt" - Durch niedrigschwellige Angebote echte Debatten zur strategischen Ausrichtung des Haushalts ermöglichen
- zentrale Transparenz- und Beteiligungsplattform für alle Bauvorhaben
- Veröffentlichung von Informationen und beispielsweise Bebauungsplänen auch in leichter Sprache bzw. für Kinder und Jugendliche verständlicher Sprache, um mehr Beteiligung zu ermöglichen
- Verbesserung der Informationen und Unterstützung für Instrumente der direkten Demokratie
- massiver Ausbau des Open-Data-Portals mit dem Ziel einer proaktiven Veröffentlichung möglichst aller Verwaltungsdaten